

### **Pressemitteilung**

#### **Kommunalaufsicht bestätigt Mehrheitsbeschluss zur Schulstandortdiskussion. Bedenken des Bürgermeisters nach Prüfung zurückgewiesen.**

Mit Schreiben vom 27.07.2010 teilt die Kommunalaufsicht des Landkreises Göttingen mit, dass der mehrheitlich gefasste Gemeinderatsbeschluss vom 26.04.2010 nicht als rechtswidrig angesehen werden kann. Offenbar, um weiteren Schaden von der Gemeinde abzuwenden, ist in der Begründung auch gleich eine Anleitung für das weitere Vorgehen enthalten. Vorsorglich wird auch darauf hingewiesen, dass die Kommunalaufsicht keine Bedenken gegen die Neufassung der Schulbezirke hat. Auch für das vom Bürgermeister vorgelegte Zahlenwerk zu Schülerzahlen, Bewirtschaftungs- und Unterhaltskosten gab es klare Worte. Wie zuvor schon viele Elternvertreter und Ratsmitglieder kommt auch die Kommunalaufsicht zu der Einschätzung, dass diese Zahlen nur bedingt aussagekräftig erscheinen.

Aufgrund der zurückgehenden Schülerzahlen wurde beschlossen, dass die Grundschule in Diemarden, beginnend mit dem Schuljahr 2011/2012, die Einschulungsjahrgänge aus Reinhausen aufnimmt. „Jetzt erwarten wir, dass der Bürgermeister zügig die notwendigen formellen Schritte zur Umsetzung veranlasst“, fordern die Fraktionsvorsitzenden der CDU/F.D.P., Bündnis90/Grüne und BsP, Dietmar Müller, Vera Oesterle und Klaus-Werner Hanelt. Sie drängen auf zügige Umsetzung, da durch den Einspruch des Bürgermeisters gut drei Monate Zeit verloren wurden. Diese wird benötigt, um nach der politischen Willensbildung nun die formellen Beschlüsse zur Änderung des Schuleinzugsbereiches und des genauen Verfahrens der Überleitung festzulegen. „Hierzu sind noch offiziell die Erziehungsberechtigten der betroffenen Einzugsbereiche und der Träger der Schülerbeförderung anzuhören sowie die Schulbehörde um Genehmigung zu bitten,“ beschreiben die drei Kommunalpolitiker das weitere Vorgehen. Mit allgemeiner Erleichterung wurde aufgenommen, dass die vom Bürgermeister zitierte Verordnung zur Schulentwicklungsplanung, welche dem Vorhaben entgegenstehen sollte, anscheinend keine Gültigkeit mehr besitzt.

Dietmar Müller  
CDU/F.D.P.-Gruppe

Vera Oesterle  
Bündnis 90/GRÜNE

Klaus-Werner Hanelt  
BsP